



KATHOLISCHE  
FRAUENGEMEINSCHAFT  
DEUTSCHLANDS



Auf dem politischen Abendforum „Katholische Soziallehre konkret: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Sozialakademie des Bistums Münster versprachen Vertreter und Vertreterinnen (fast) aller im Bundestag vertretenden Parteien, der Bundesarbeitsminister und der damalige Vorsitzende der CDU, sich gegen Lohndumping und für die Stärkung der Tarifbindung einzusetzen. Mit der nunmehr aktualisierten Fassung geben die unterzeichneten katholischen Verbände die folgende Erklärung ab:

## Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit

Katholische Verbände setzen sich vor dem Hintergrund der biblischen Botschaft und der katholischen Soziallehre seit Jahrzehnten für gerechte und menschenwürdige Verhältnisse im Leben der Menschen ein. Die Enzyklika von Papst Franziskus „Fratelli tutti“ bestärkt uns darin.

Gerechte und solidarische Arbeitsbedingungen sind für den sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Wir widmen uns seit langem dem Thema „Gerechte und fairer Löhne“. Durch eine zunehmende Tariffucht erleben wir Löhne, die weit unter Tarif liegen, die Diskriminierung bestimmter Gruppen und Lohndumping durch Subunternehmen. Diese Entwicklungen beschleunigen die Spaltung unserer Gesellschaft und führen zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und -bedingungen.

Die Tarifbindung von Unternehmen ist nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung in den letzten Jahrzehnten von 65% auf 35% gesunken<sup>1</sup>. Inzwischen sind nach den jüngsten Statistiken des Statistischen Bundesamtes nur noch 21 % der Unternehmen an Tarifverträge gebunden; nur 49 % aller Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt<sup>2</sup>. Die Sozialpartnerschaft als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft gerät ins Wanken. Inzwischen arbeiten 10 Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnsektor. Minilöhne fördern soziale Abstiegsängste und erzeugen in breiten Schichten das Potential für ein radikales Wählerverhalten. Denn dem geringen Lohn folgen Minirente, Altersarmut und Armut des Staates, da die Finanzierung von steigenden Sozialleistungen aus Steuermitteln nur schwer leistbar sein wird. Wo Tarifverträge das Entgelt der unteren Lohngruppen regeln, verliert der gesetzliche Mindestlohn durch seine geringe Höhe zunehmend an Bedeutung, da er diese grundsätzliche Problemlage nicht beheben kann.

Darüber hinaus ergibt sich auch für die Unternehmen eine gefährliche Entwicklung. Tarifizahlende Unternehmen, vor allem mittelständische, leiden unter massiven Wettbewerbsverzerrungen. Lohndumping durch Tariffucht gehört inzwischen zum Geschäftsmodell vieler Unternehmen. Nach Informationen aus dem

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/maerz/studie-lohnungleichheit>

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-betriebe.html> und <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-arbeitnehmer.html>

Bundesarbeitsministerium erwartet die EU-Kommission, dass Deutschland Maßnahmen gegen diese Wettbewerbsverzerrung gegenüber den anderen EU-Ländern ergreift. Die Zersplitterung der Tariflandschaft ist auch eine der Ursachen für zunehmende Streiks; sie schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Selbstverpflichtungen und Freiwilligkeit reichen nicht mehr aus.

**Deshalb fordert die Initiative von BKU, KAB, kfd und Kolping unsere Bundestagsabgeordneten auf, die gegebenen Versprechen einzulösen und in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Gesetzesinitiative zu starten, die sicherstellt,**

- **dass die von den Sozialpartnern autonom ausgehandelten Branchentarifverträge verbindlich für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gelten, auch für Werkverträge und Leiharbeit,**
- **dass die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand nur noch an tarifzahlende Unternehmen erfolgt,**
- **dass durch eine gesetzlich gewährleistete, gesteigerte Entgelttransparenz geschlechtsunabhängige und gerechte Löhne gezahlt werden.**

August 2023